

N i e d e r s c h r i f t

HFA/010/2015

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine
am 20.10.2015**

Die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Mitglieder:

Herr Udo Bonk	CDU	Ratsmitglied
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Detlef Brunsch	FDP	Ratsmitglied
Herr Markus Doerenkamp	CDU	Ratsmitglied
Frau Annette Floyd-Wenke	DIE LINKE	Ratsmitglied
Herr Dieter Fühner	CDU	Ratsmitglied
Herr Stefan Gude	CDU	Ratsmitglied
Herr Paul Jansen	CDU	Ratsmitglied
Herr Christian Kaisal	CDU	Ratsmitglied
Frau Gabriele Leskow	SPD	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	Alternative für Rheine	Ratsmitglied
Frau Birgitt Overesch	CDU	Ratsmitglied
Herr Kurt Radau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Michael Reiske	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Frau Ulrike Stockel	SPD	Ratsmitglied
Herr Detlef Weßling	SPD	Ratsmitglied

Vertreter:

Herr Gerhard Cosse	SPD	Vertretung für Herrn Jürgen Roscher
Herr Jürgen Gude	CDU	Vertretung für Herrn Norbert Kahle
Herr Dr. Manfred Konietzko	CDU	Vertretung für Herrn

Andree Hachmann

Gäste:

Frau Esters-Gardeweg

Leiterin Verbraucherbe-
ratung - bis TOP 10,
19:03 Uhr

Verwaltung:

Herr Mathias Krümpel

Erster Beigeordneter
und Stadtkämmerer

Frau Christine Karasch

Beigeordnete

Herr Jürgen Grimberg

Fachbereichsleiter FB 7

Frau Michaela Hövelmann

Stellv. Pressesprecherin

Herr Christoph Noelke

Fachbereichsleiter FB 3 -
bis TOP 2, 17:30 Uhr

Frau Julia Seebeck

Entschuldigt fehlen:

Vorsitzende:

Frau Dr. Angelika Kordfelder

Bürgermeisterin

Mitglieder:

Herr Andree Hachmann CDU

Ratsmitglied

Herr Norbert Kahle CDU

Ratsmitglied

Herr Jürgen Roscher SPD

Ratsmitglied

Der 1. stellvertretende Bürgermeister der Stadt Rheine, Herr Udo Bonk, eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Bestellung des Schriftführers und seines Stellvertreters Vorlage: 336/15

0:01:25

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss bestellt gem. § 52 Abs. 1 GO in Verbindung mit § 58 Abs. 2 und 7 GO Frau Julia Seebeck zur Schriftführerin und Frau Maike Haking zur stellvertretenden Schriftführerin.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2. Jahresbericht 2014 der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen - Beratungsstelle Rheine - Vorlage: 306/15

0:02:20

Frau Esters-Gardeweg informiert anhand der als Anlage 1 der Niederschrift beigefügten PowerPoint-Präsentation ausführlich über den Jahresbericht 2014 der Verbraucherberatungsstelle Rheine.

Herr Bonk sowie die Fraktionen bedanken sich für die Präsentation und die gute Arbeit der Verbraucherberatung. Dass ein langfristiger Vertrag, über 5 Jahre, abgeschlossen wurde, sei zu befürworten. Es sei deutlich geworden, welches ein hohes Maß an Flexibilität notwendig sei, um sich immer wieder neuen Anforderungen stellen zu können.

Herr Weßling erinnert, dass es in der Vergangenheit aber auch negative Stimmen zur Verbraucherberatung gegeben habe. Er macht deutlich, dass dieser Vortrag deutlich gemacht habe, wie wichtig die Verbraucherberatung in Rheine sei.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Jahresbericht 2014 der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen – Beratungsstelle Rheine - zur Kenntnis.

3. Niederschrift Nr. 9 über die öffentliche Sitzung am 25.08.2015

0:29:15

Herr Krümpel weist darauf hin, dass unter TOP 3.2 der letzten Sitzung eine Information zum Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bzgl. der „Freigabe von Einbahnstraßen für den Fahrradverkehr“ aus einer Sitzung des Arbeitskreises Verkehr verlesen wurde.

Bei der Aufzählung der freigegebenen Straßen sei fälschlicherweise die Alsenstraße zwischen *Hansaallee* und *Paulstraße* genannt worden. Freigegeben wurde aber die Alsenstraße zwischen *Hansaallee* und *Lingener Straße*.

Die Niederschrift über die letzte Sitzung wird insofern korrigiert.

4. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 25.08.2015 gefassten Beschlüsse

0:30:10

Herr Krümpel berichtet, dass die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses ausgeführt worden seien. Ein besonderer Bericht zu den Anfragen und Anregungen sei nicht erforderlich, da die Verwaltung hierzu bereits in der Sitzung ausführlich Stellung genommen habe.

5. Informationen der Verwaltung

5.1. EFRE-Förderprojekte

0:30:40

Frau Karasch informiert über das Gespräch bei der Bezirksregierung anlässlich der Fragen, die sie als Auftrag aus der letzten Ratssitzung an den Fördergeber für den Projektauftrag „Kompetenzzentrum für energieautarken Stadtumbau“ stellen sollte.

Es sollten zwei Dinge mit dem Fördergeber geklärt werden.

Zum einen sollte geklärt werden, ob es möglich sei, dass die Ergebnisse des Expertenworkshops zur Erarbeitung des städtebaulichen Konzeptes als Grundlage für die Durchführung des Projektes auf dem Gelände der General-Wever-Kaserne berücksichtigt werden.

Zum anderen sollte geklärt werden, ob es die Möglichkeit gebe, das Gelände von der General-Wever-Kaserne zum Gelände der Damloup-Kaserne zu tauschen und welche Auswirkungen der Tausch hinsichtlich der Förderung haben könnte.

Frau Karasch erinnert, dass im Rat beschlossen worden sei, dass in der heutigen Sitzung des Haupt- und Finanzausschuss über diese Ergebnisse berichtet werden solle. Frau Karasch teilt mit, dass es heute keinen eigenen Tagesordnungspunkt zu der Fragestellung gebe, da die Ergebnisse heute noch nicht abschließend vorliegen würden.

Im Gespräch mit dem Fördergeber konnte die Frage geklärt werden, dass die Ergebnisse aus dem Expertenworkshop, die zum Gegenstand des städtebaulichen Konzeptes entwickelt werden sollen, nicht zur Grundlage des Projektes gemacht werden können. Es sei gerade Gegenstand des Projektes, dass unabhängig von Vorgaben eine Entwicklung stattfinden könne, die dann ihrerseits in die Bauleitplanprozesse einfließen könne und nicht eben umgekehrt. Frau Karasch weist darauf hin, dass eine Vorgabe dieser Rahmenbedingungen soweit nicht möglich sei.

Noch offen sei die Frage, wie sich ein Geländetausch in der jetzigen Projektphase auswirken würde. Man sei von der Bezirksregierung schriftlich aufgefordert wor-

den, noch einmal Stellung zu nehmen. Die Stellungnahme habe man in der Zwischenzeit abgegeben. Frau Karasch informiert, dass von dem Fördergeber angekündigt worden sei, dass die Inhalte mit dem Ministerium besprochen werden und man zeitnah über die Ergebnisse informiert werden würde.

Frau Karasch sichert zu, dass es zeitnah in den folgenden Gremiensitzungen eine entsprechende Vorlage geben werde. Man beabsichtige aber, dass sich im Vorfeld der Arbeitskreis Konversion mit dieser Fragestellung befasse.

Herr Weßling merkt an, dass er darüber verwundert sei, dass es offensichtlich unterschiedliche Meinungen zwischen dem Verwaltungsvorstand und der EWG gebe.

Frau Karasch teilt auf Nachfrage von Herrn Weßling mit, dass sie gemeinsam mit Herrn Dr. Janssen, Herrn Dr. Stockhorst, Herrn Raffloer bei der Bezirksregierung gewesen sei.

Herr Weßling bemängelt, dass das Schreiben von Frau Karasch an die Bezirksregierung voraussichtlich abweichende Formulierungen zu der Stellungnahme, die es von Herrn Dr. Janssen geben werde, enthalte werde. Das sei nicht zufriedenstellend. Die SPD-Fraktion habe Bedenken, dass es zwei verschiedene Standpunkte gebe.

Frau Karasch teilt mit, dass die unterschiedlichen Standpunkte in dem Gespräch mit der Bezirksregierung ausführlich dargestellt worden seien. Die Bezirksregierung habe Verständnis für die Problemlage geäußert. Das Schreiben sei mit unterschiedlichen Fragestellungen an Frau Karasch und Herrn Dr. Janssen gerichtet worden. Zu den städtebaulichen Rahmenbedingungen sowie zum Wohnbauflächenprogramm müsse die Stadt Stellung nehmen. Die EWG müsse zu den Auswirkungen in der Antragstellung Aussagen treffen.

Frau Karasch sichert zu, dass man wieder in das Gespräch eintreten werde, wenn sämtliche Rahmenbedingungen und offene Fragen geklärt seien.

5.2. Informationen zur Delegiertenversammlung des RGRE am 5./6. Oktober 2015 in Ettlingen

0:37:48

Herr Krümpel informiert, dass die Bürgermeisterin an der Delegiertenversammlung der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas am 5./6. Oktober 2015 in Ettlingen teilgenommen und die drei Stimmrechte für die Stadt Rheine wahrgenommen habe.

Themenschwerpunkte waren

- Zugang und Teilhabe – Breitbandausbau in den Kommunen
- Eine moderne kommunale Verwaltung – E-Government/Bürgerservice
- Transparenz und Bürgerbeteiligung/Open-Government

Aus Anlass der Delegiertenversammlung wurden zwei Resolutionen verabschiedet, die der Niederschrift als Anlagen 2 und 3 beigefügt sind:

1. Resolution „für ein Europa der Kommunen und ihre Bürgerinnen und Bürger“, die die Verankerung der kommunalen Selbstverwaltung im EU-Vertrag besonders hervorhebt
2. Resolution für eine gesamteuropäische Flüchtlingspolitik, in der sich die Deutsche Sektion des RGRE im Sinne einer europäischen Werte- und Rechtsgemeinschaft für einen ganzheitlichen, gemeinsamen Ansatz in der Asyl- und Entwicklungshilfepolitik der Europäischen Union ausspricht.

Weiterhin fand die Wahl der Mitglieder des Hauptausschusses statt. Der Hauptausschuss bestehe aus bis zu 37 Personen. 21 Personen werden zu gleichen Teilen von den Gremien der kommunalen Spitzenverbände auf Bundesebene vorgeschlagen. Auf Vorschlag des Deutschen Städte- und Gemeindebundes wurde Frau Dr. Angelika Kordfelder erneut als Mitglied des Hauptausschusses für die Wahlperiode 2015 bis 2018 wiedergewählt.

5.3. Kommunalinvestitionsförderungsgesetz

0:39:16

Herr Krümpel informiert, dass das Land das Kommunalinvestitionsförderungsgesetz beschlossen habe. Hiernach erhalte die Stadt Rheine 4.068.733 € aus den vom Bund zur Verfügung gestellten Mitteln. An Eigenanteilen seien 10 %, rd. 407 TEUR, aufzubringen. Gefördert werden längerfristige Investitionen in den folgenden Bereichen:

- Schwerpunkt Infrastruktur
- Schwerpunkt Bildung
- Schwerpunkt Klimaschutz

Es sei darauf hinzuweisen, dass bei der Förderung von Schulinfrastruktur die energetische Sanierung der Schwerpunkt der Maßnahme sein müsse. Die Verwaltung erstellt eine Vorschlagsliste mit Maßnahmen, die am 15. Dezember im Rat eingebracht werden solle.

5.4. Abrechnung Einheitslastengesetz 2014

0:39:00

Herr Krümpel informiert, dass nach der 1. Modellrechnung des Landes zur Abrechnung der Lasten der Deutschen Einheit im Ausgleichsjahr 2014 (ELAG) die Stadt Rheine in 2016 rd. 543 TEUR erhalte.

6. Änderungssatzung zur Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Rheine
Antrag: „10 Millionen in 10 Jahren – Haushaltsmaßnahmen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Vorlage: 284/15

0:40:28

Herr Grimberg verweist auf die Vorlage und ergänzt, dass in der Anlage 1 die Seite 2 und die §§ 1 bis 9 gestrichen werden. Die Präambel auf Seite 3, der § 10 -Inkrafttreten sowie die Anlage zur Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Rheine – Gebührentarife - bleiben unverändert erhalten. Hintergrund sei, dass man den Veröffentlichungstext auf die inhaltlichen Änderungen beschränken wolle.

Herr Cosse bezieht sich auf Punkt 11 *Lichtpausen und Plots* aus der Anlage zur Verwaltungsgebührensatzung und fragt, ob die Zahlen der Mustersatzung übernommen worden seien. Er sei der Meinung, dass in der Mustersatzung für Lichtpausen und Plots in DIN-A4 8,50 € anstatt 7,50 € gefordert werden und bittet dies zu überprüfen.

Herr Cosse bezieht sich auf Punkt 2 *Beglaubigungen und Zeugnisse* und stellt fest, dass die Beglaubigungen von Unterschriften oder Handzeichen von 2,00 € auf 2,50 € erhöht werden sollen. Außerdem sollen die Beglaubigungen von Abschriften, Auszügen, Ablichtungen, Zeichnungen, Plänen auf 4,20 € erhöht werden. Herr Cosse merkt an, dass die Erhöhung in erster Linie Schüler, Studenten und Arbeitslose betreffen werde.

Die SPD-Fraktion beantragt, dass die Satzung, mit Ausnahme der Erhöhung der Gebühren für die Beglaubigung von Zeugnissen, geändert werde.

Herr Jansen teilt mit, dass die Gebührenanpassung angemessen sei. Gleichwohl sei die Anpassung die erste Anpassung seit 8 Jahren. Der Zeitraum sei zu lange. In Zukunft soll zügiger, in einem regelmäßigen Abstand von 2 bis 3 Jahren, eine Anpassung erfolgen.

Herr Reiske merkt an, dass er dem Antrag der SPD-Fraktion zustimmen werde. Er weist ebenfalls darauf hin, dass Gebührensatzungen regelmäßig angepasst werden müssen.

Herr Kaisal teilt mit, dass die CDU-Fraktion dem Antrag von Herrn Cosse folgen werde.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschusses empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt die als Anlage 1 der Vorlage beigefügte 1. Änderungssatzung der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Rheine mit Ausnahme der Erhöhung der Gebühren für die Beglaubigung von Zeugnissen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7. 3. Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung der Stadt Rheine über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen im Gebiet der Stadt Rheine vom 15. Dezember 2011
Vorlage: 342/15**

0:45:38

Frau Karasch merkt an, dass es sich bei der Vorlage nicht um eine Ausweitung der sonntäglichen Öffnungszeiten handele.

Herr Brauer macht deutlich, dass er der Änderung nicht zustimmen werde. Er sei der Auffassung, dass die Ordnungsbehördliche Verordnung gegen § 6 des Ladenöffnungsgesetzes NRW verstoße. Aus dem Schreiben der Gewerkschaft ver.di werde auch deutlich, dass eine Sonntagsöffnung nur anlassbezogen möglich sei. Anlassbezogen seien viele der angegebenen Veranstaltungen nicht, sie seien nur geschaffen worden, um die Läden zu öffnen.

Herr Reiske erklärt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus verschiedenen Gründen ebenfalls gegen die Änderung der Verordnung stimmen werde. Herr Reiske teilt die Auffassung des Kreisdekanats Steinfurt zu den verfassungsrechtlichen Bedenken.

Frau Floyd-Wenke weist auf die Stellungnahme der Gewerkschaft ver.di hin und teilt mit, dass die Fraktion DIE LINKE dem Standpunkt der ver.di folge. Es solle keine Rund-um-die-Uhr Konsumgesellschaft geben.

Herr Fühner weist darauf hin, dass im § 1 der Ordnungsbehördlichen Verordnung fälschlicherweise „ab dem Jahr 2107“ stehen würde. Dort müsse das Jahr 2017 gemeint sein.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, die 3. Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung der Stadt Rheine über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen im Gebiet der Stadt Rheine vom 15. Dezember 2011 zu beschließen.

Der Rat der Stadt Rheine beschließt die 3. Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung der Stadt Rheine über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen im Gebiet der Stadt Rheine vom 15. Dezember 2011

3. Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung der Stadt Rheine über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen im Gebiet der Stadt Rheine vom _____

Aufgrund des § 6 (4) des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (Ladenöffnungsgesetz – LÖG NRW) vom 16. November 2006 (GV. NRW. S. 516), geändert durch Gesetz vom 30. April 2013 (GV. NRW. S. 208), in Verbindung mit §§ 7 Abs. 1 und 41 Abs. 1 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Juni 2015 (GV. NRW. S.

496) wird von der Stadt Rheine als örtliche Ordnungsbehörde gemäß Beschluss des Rates vom 3. November 2015 folgende 3. Änderung der ordnungsbehördlichen Verordnung der Stadt Rheine über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen im Gebiet der Stadt Rheine beschlossen:

§ 1 Ladenöffnungszeiten an Sonntagen

Verkaufsstellen dürfen über die allgemeinen Ladenschlusszeiten hinaus geöffnet sein:

Die Aufzählung wird um folgende neuen Regelungen ergänzt:

- im Jahr 2016 einmalig am 20.03.2016 aus Anlass des Frühlingsstarts „Hexen treiben den Winter aus“ für den Bereich der Rheiner Innenstadt (ausgenommen die Bezirke Elte, Hauenhorst, Mesum, Gellendorf, Rodde, das Industriegebiet Güterverkehrszentrum sowie Emstor) in der Zeit von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr,
ab dem Jahr 2017 wieder am letzten Sonntag im März aus Anlass des Frühlingsstarts „Hexen treiben den Winter aus“ für den Bereich der Rheiner Innenstadt (ausgenommen die Bezirke Elte, Hauenhorst, Mesum, Gellendorf, Rodde, das Industriegebiet Güterverkehrszentrum sowie Emstor) in der Zeit von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr
- am Sonntag nach dem 3. Freitag im August für den Bereich „Emstor“ an der Osnabrücker Straße zwischen Kardinal-Galen-Ring und dem Gewerbegebiet Altenrheine/Paschenau in der Zeit von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr
- am 3. Sonntag im Oktober (Kirmessonntag) für den Bereich der Rheiner Innenstadt (ausgenommen die Bezirke Elte, Hauenhorst, Mesum, Gellendorf, Rodde) in der Zeit von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr
- in den Jahren 2016 (06.11.2016) und 2017 (05.11.2017) am ersten Sonntag nach Allerheiligen (Martinsmarkt) für die Bereiche „Auf dem Thie“ und „Innenstadt“ in der Zeit von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr.

Aus der Aufzählung werden folgende bisherige Regelungen gestrichen:

- am letzten Sonntag im März aus Anlass des Frühlingsstarts („Hexen treiben den Winter aus“) für den Bereich der Rheiner Innenstadt (ausgenommen die Bezirke Elte, Hauenhorst, Mesum, Gellendorf, Altenrheine/Paschenau, Rodde, das Industriegebiet Güterverkehrszentrum sowie Emstor) in der Zeit von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr
- am ersten oder zweiten Sonntag im April aus Anlass der Gewerbeschau für den Bereich des Gewerbegebietes „Osnabrücker Straße/Paschenau“ in zweijährigem Rhythmus in der Zeit von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr, erstmals im Jahr 2005

- am Sonntag nach dem 3. Freitag im August für den Bereich „Emstor“ an der Osnabrücker Straße zwischen Kardinal-Galen-Ring und Ortsausfahrt (in Höhe Erikaweg) in der Zeit von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr
- am 3. Sonntag im Oktober (Kirmessonntag) für den Bereich der Rheiner Innenstadt (ausgenommen die Bezirke Elte, Hauenhorst, Mesum, Gellendorf, Altenrheine/Paschenau, Rodde) in der Zeit von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr
- am ersten Sonntag im November für den Bereich „Auf dem Thie“ in der Zeit von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr. Wenn dieser Sonntag oder der vorangehende Samstag auf einen Stillen Feiertag im Sinne des Sonntagsgesetzes fällt, wird die Sonntagsöffnung auf den nächsten zulässigen Sonntag im November verschoben
- am Sonntag nach Weihnachten in den Jahren 2014 und 2015 aus Anlass des Festes „Wichtelsonntag“ für den Bereich der Rheiner Innenstadt (ausgenommen die Bezirke Elte, Hauenhorst, Mesum, Gellendorf, Altenrheine/Paschenau, Rodde) in der Zeit von 13:00 bis 18:00 Uhr

§ 2 Ordnungswidrigkeiten

§ 2 Satz 2 wird wie folgt geändert:

Die Ordnungswidrigkeit kann nach § 13 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten mit einer Geldbuße bis zu 5.000,00 € geahndet werden.

§ 4 Inkrafttreten

§ 4 wird wie folgt geändert:

Diese 3. Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	15	Ja-Stimmen
	4	Nein-Stimmen

8. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss

8.1. Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Victor Orbán, Eingabe der Republikaner NRW

0:49:40

Herr Krümpel trägt folgende Eingabe vor:

**Eingabe des Landesvorsitzenden der Republikaner NRW,
Antrag 25. September 2015**

Die Republikaner NRW regen an, Victor Orbán, Ministerpräsident von Ungarn, in der Stadt Rheine als Ehrenbürger zu ernennen. Als Begründung wird auf die Tatsache verwiesen, dass Herr Orbán als einziger Regierungschef versucht, die europäischen Rechtsgrundlagen in der Behandlung der Asylverfahren umzusetzen, während die deutsche Bundesregierung bestehendes Recht missachte und deshalb von der EU-Kommission mit einem Strafverfahren bedacht werde.

Anmerkung

Laut Schnellbrief des Städte- und Gemeindebundes NRW vom 29.09.2015 ist der Antrag der Republikaner in analoger Anwendung des Beschlusses des Verwaltungsgerichts Minden vom 16. Mai 2012 unzulässig, weil es der Partei nicht um ein Sachanliegen geht, sondern um eine rechtsmissbräuchliche Inanspruchnahme öffentlicher Stellen, um den Ansichten der Partei Publizität zu verschaffen. Daher sind die Räte bzw. zuständigen Ausschüsse nicht verpflichtet, sich mit der Eingabe der Republikaner inhaltlich zu befassen.

Verfahrensvorschlag:

Zurückweisung der Eingabe wegen Unzulässigkeit!

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses folgen den Ausführungen von Herrn Krümpel und widersprechen dem Verfahrensvorschlag nicht.

8.2. Ablösen der Stellplatzpflicht für Altobjekte, Eingabe einer Bürgerin

0:51:30

Herr Krümpel trägt die folgende Eingabe vor:

**Eingabe einer Bürgerin, Mühlenstraße
Eingabe vom 30. September 2015**

Eine Bürgerin der Stadt Rheine stellt den Antrag, die Stellplatzpflicht für Altobjekte ablösen zu dürfen. Der Rat habe seinerzeit beschlossen, wegen der gesenkten Gebühren keine Ablösesumme für Stellplätze von „alten Objekten“ zuzulassen. Nun seien die Gebühren für Stellplätze durch einen Ratsbeschluss erheblich erhöht worden. Die Bürgerin würde gerne 4 Stellplätze im Klostergarten ablösen.

Verfahrensvorschlag:

Verweisung der Anfrage an den zuständigen Bauausschuss.

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses folgen den Ausführungen von Herrn Krümpel und widersprechen dem Verfahrensvorschlag nicht.

8.3. Anträge der Schulkonferenz, Eingabe der Euregio Gesamtschule

0:52:30

Eingabe der Euregio Gesamtschule, Eingabe vom 25. September 2015

Die Schulkonferenz der Euregio Gesamtschule stellt folgende Anträge:

1. Die Fortsetzung der Renovierung von Klassenräumen

Seit dem letzten Antrag wurden lediglich 2 Klassenräume neu gestrichen.

2. Die zeitnahe Erneuerung des Sporthallenbodens und des Prallwandschutzes der alten Sporthalle

Die Umsetzung der Maßnahme sollte bereits in den Herbstferien 2014 erfolgen. Bis heute ist nichts geschehen.

3. Die Erneuerung der Fenster und des Blendschutzes im C-Gebäude

In mehreren Räumen des C-Gebäudes ist der Blendschutz nicht mehr vorhanden. Außerdem haben die Fenster kaum eine Kälteschutzfunktion.

Verfahrensvorschlag:

Verweis an den Bauausschuss.

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses folgen den Ausführungen von Herrn Krümpel und widersprechen dem Verfahrensvorschlag nicht.

Herr Stefan Gude bemängelt, dass bestimmte Themen immer im Bauausschuss behandelt werden und der Schulausschuss keine Kenntnis davon erlange. Im November erhalte der Schulausschuss eine Übersicht, welche Maßnahmen durch die Bauverwaltung in Abstimmung mit dem Bauausschuss geplant seien, aber nicht welche Maßnahmen insgesamt vorliegen.

Herr Gude kritisiert diese Vorgehensweise seit nunmehr 3 Jahren im Schulausschuss. Es sei sinnvoll, wenn sich der Schulausschuss auch inhaltlich mit den gesamten Maßnahmen beschäftigen könne, um dem Bauausschuss eine Empfehlung geben zu können und nicht nur die selektierten Maßnahmen vorgelegt bekomme.

Frau Karasch merkt an, dass es nie gelingen werde, die Prioritätenliste komplett abzuarbeiten. Es sei sinnvoll, zwischenzeitlich einen Abgleich zu machen und festzustellen, warum verschiedene Maßnahmen nach hinten geraten seien, um dann ggf. die Prioritätenliste den realistischen Lebensumständen etwas stärker anzupassen.

9. Einwohnerfragestunde

0:54:30

Es folgen keine Wortmeldungen.

10. Anfragen und Anregungen

0:54:43

Herr Cosse teilt mit, dass in der nächsten Bauausschusssitzung über die Sekundarschule und in dem Zusammenhang über den Verzicht von erneuerbare Energien gesprochen werden solle.

Herr Cosse bezieht sich auf die Aussage von Herrn Krümpel unter dem Tagesordnungspunkt „Informationen“, dass die Stadt Rheine 4,07 Mio. zweckgebunden, u. a. für die energetische Sanierung von Schulen erhalten werde. Herr Cosse fragt an, ob es nicht die Möglichkeit gebe, aus den Mitteln die Nelson-Mandela-Schule energetisch zu sanieren, gerade im Hinblick auf die Stadt Rheine als Klimakommune.

Frau Karasch informiert, dass der Fachbereich 5 derzeit verschiedene Maßnahmen untersuche. Die energetische Sanierung der Sekundarschule sei eine der Maßnahmen.

Stefan Gude unterstützt den Antrag von Herrn Cosse. Er teilt mit, dass der Antrag bereits im Arbeitskreis Schulstruktur, Arbeitskreis Sekundarschule und im Schulausschuss gestellt worden sei und die Verwaltung eine Prüfung zugesichert habe.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 18:03 Uhr

Udo Bonk
1. stellv. Bürgermeister

Julia Seebeck
Schriftführerin